**Allgemeine Zeitung, Ausgabe Kreis Bingen. Neuer Mainzer Anzeiger. Samstag, 17. Mai 1947.**

**Um unsere Zukunft.**

**Von Innenminister Jakob Steffan**

Inmitten eines gigantischen Zusammenbruchs, umgeben von Trümmern materieller und geistiger Art, noch halb betäubt von den Folgen seines Sturzes aus stolzer Höhe bis in die tiefste Tiefe, sucht das deutsche Volk den Weg der politischen Orientierung. Den rechten Weg zu finden, ist nicht leicht. Zwölf Jahre grausamer Diktatur, fünfeinhalb Jahre blutiges Erleben eines alles vernichtenden Krieges haben unserem Volk den Stempel aufgedrückt. Verzweiflung und Verzagtheit auf der ganzen Linie. Vielfach hört man die Frage, ob es überhaupt noch einen Sinn habe Komma zu arbeiten, ob sich politische Orientierung überhaupt noch verlohne, ob das deutsche Volk wirklich noch eine Zukunft habe. So sehr man solche Aeußerungen menschlich verstehen kann, so falsch sind sie. Wer nicht entschlossen ist, gegen die aufkommende Verzweiflungsstimmung mit aller Kraft anzukämpfen, wer nicht mit gläubigem Herzen an die Bewältigung der schweren Aufgaben herangeht, die Berghoch vor uns stehen, wird den Weg aus dem Chaos von gestern und heute nicht in die Ordnung und den Aufstieg von Morgen finden.

Das haben auch die führenden Staatsmänner nach dem Zusammenbruch des Kaiserlichen Deutschlands im Jahre 1918 laut und vernehmlich dem deutschen Volke zugerufen. Trotz der Schwere der damaligen Zeit gelang es Komma in harter, zäher Arbeit die Folgen des verlorenen Weltkrieges in verhältnismäßig kurzer Zeit zu überwinden. Die günstigen Anzeichen eines beginnenden allgemeinen Wohlstandes waren 10 Jahre und nach Ende des Weltkrieges erfreulicherweise wieder anzutreffen. Es war dies das Werk der Demokratie. Daß die ab 1930 einsetzende Weltwirtschaftskrise, die Krise des internationalen Kapitalismus, ihre Schatten auch über Deutschland warf, war nicht die Schuld der deutschen Demokratie. Sie führte einen entschlossenen Kampf gegen die Krise, die von dem deutschen Großkapitalismus benützt wurde, um der Republik und der Demokratie das Leben so schwer wie möglich zu machen. Dem Exponenten des deutschen Groß-Kapitals, Adolf Hitler, war es schließlich vorbehalten, die Demokratie in Deutschland radikal zu beseitigen. Mit seiner Ernennung zum Reichskanzler am 30 Januar 1933 beginnt der Abstieg des deutschen Volkes, das unter der Demokratie auf dem besten Wege war, eines der wohlhabendsten Völker dieser Erde zu werden. Hitlers System hat uns Deutsche zu einem Bettlervolk gemacht und leid und Qual und Not und Elend sind jetzt Begleiterscheinungen unseres täglichen Lebens.

Es wird niemand versucht sein, von dem deutschen Volk in seiner jetzigen Verfassung als große Begeisterung für das politische Geschehen zu verlangen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat vor nicht allzu langer Zeit gesagt, daß aus wirtschaftlicher Not und Armut keine wahre Demokratie erwachsen könne. Das kann in seiner Richtigkeit nur unterstrichen werden. Und trotzdem ist die Demokratie die einzige Chance, die uns das Schicksal noch einmal gegeben hat. Wer wollte das bezweifeln? Ein Volk, das 12 Jahre auf Menschentum und Menschenwürde verzichten mußte, das die entwürdigendes Diktatur in jeder Form zu Kosten bekam, wird trotz seiner Not, trotz seiner Armut nehmen wir bereit sein, sich noch einmal einer Diktatur unterzuordnen. Nur in der Demokratie liegt unsere Zukunft begründet und nur über die Demokratie werden wir ein freies und schließlich auch wieder ein glückliches Volk werden. Die Welt hat ein Recht, von uns den einwandfreien Nachweis zu verlangen, daß wir uns frei gemacht haben von dem Ungeist des Militarismus und Nationalsozialismus, daß wir uns frei gemacht haben von der Wahnvorstellung, Wir sehen das Herrenvolk der Erde und daß wir von nun an entschlossen sind, in ehrlicher und friedlicher Arbeit den Platz an der Sonne uns wieder zu verdienen. In ehrlicher, friedlicher Arbeit, das sollte wiederholt werden. Kein anderer Weg ist denkbar. Deshalb erklären wir auch der Welt unser ehrliches Bekenntnis zu Demokratie und unseren aufrichtigen Willen zur Mitarbeit und Zusammenarbeit. Aber man soll uns arbeiten lassen. Aus dem Zustand des Bettlervolkes, in dem[!] uns Hitler gebracht hat, müssen wir herauskommen. Wir sind bereit, im Rahmen der uns verbleibenden Möglichkeiten die Schäden wiedergutzumachen, die Hitler der Welt zugefügt hat. Jedoch unser eigenes Lebensrecht als Volk wollen wir auch geltend machen. Das können wir aber nur, wenn man uns gestattet, zu produzieren und einen Teil unserer Produktion dem Export zuzuführen. In ganz Deutschland besteht Mangel auf allen Gebieten des täglichen Lebens. Diesen Mangel wollen wir durch Einfuhren aus anderen Ländern beheben. Wir wollen nichts geschenkt haben, sondern mit unserer ehrlichen Arbeit das bezahlen, was unser Volk braucht und worauf das seit 2 Jahren in heißer Sehnsucht wartet.

Auch im Gebiet Rheinland-Pfalz reklamieren wir dieses Lebensrecht. Wir haben unseren westlichen Nachbar zu beweisen, daß die Demokratie nur friedliche Absichten hat und daß keinerlei Besorgnisse begründet sind, die Sicherheit Frankreichs könnte jedoch einmal gefährdet werden. Unsere beiden Völker haben zu viele Massengräber angefüllt. Wir sind so sehr aneinander angewiesen, und nur Narren und Verbrechern könnte es einfallen, noch einmal den Frieden stören zu wollen.

Wenn deshalb am 18 Mai die Wahl zum Landtag und die Entscheidung über den vorgelegten Verfassungsentwurf zu treffen ist, wird es für unser Volk nur ein klares eindeutiges Bekenntnis zur Demokratie geben.

Ich hatte das Glück, am 4. und 5. Mai in Trier bei der Einweihung des Geburtshauses von Karl Marx weilen zu dürfen. Ich sah und sprach bei dieser Gelegenheit Sozialisten aus vielen Ländern Europas. Das Erfreuliche und mich auf das tiefste Berührende war, daß diese Sozialisten, die selbst unter Hitler so unsäglich zu leiden hatten, in ihren Ansprachen kein Wort des Hasses gegen das deutsche Volk sprachen. Aus allen Reden war vielmehr zu hören die Bereitwilligkeit, mit dem deutschen Volk gemeinsam den Neuaufbau Europas durchzuführen, das Geschändete Menschentum wieder aufzurichten, Sich leidenschaftlich für den Frieden zwischen allen Völkern einzusetzen. Das war für Deutsche wohl die angenehmste Botschaft, und aus diesen Reden, gehalten an jenem für Sozialisten aller welthistorischen Tag, dürfen wir Deutsche nicht nur die Hoffnung, sondern auch den Glauben schöpfen, daß Deutschland wirklich noch eine Zukunft hat.

Die sozialdemokratische Partei, die als erste die Beziehungen zu den sozialistischen Parteien aller Welt aufnahm, hat nach dieser Richtung hin bereits gute Arbeit geleistet. Ihr Vorsitzender, Dr. Kurt Schumacher, ein Mann, der durch die Hölle von Dachau und Buchenwald gehen mußte, ist zum Sprecher des in der wahren Demokratie geeinten deutschen Volkes geworden. Er erklärte, daß nicht Grenzberichtigungen, Grenzfestlegungen den Schutz der anderen Völker garantieren, eine Angelegenheit, T in dem Zeitalter der Flugtechnik und der Atombombe ohnedies nur von problematischem wert ist, sondern daß nur das gegenseitige Vertrauen der Völker zueinander die Garantien eines guten und schönen Friedens sein können.

Daß auch jetzt noch Spannungen in der Welt bestehen, sie soll nicht bestritten werden. Sie ohne kriegerische Auseinandersetzungen zu beseitigen, wird das Werk der Vereinten Nationen sein müssen. Wir Deutsche haben dabei kein Interesse, uns für einen Ost- oder Westblock zu entscheiden.

Am morgigen Sonntag haben wir in Rheinland-Pfalz ein Bekenntnis für die Demokratie und für den Frieden abzulegen. Abzulegen ein jeder Friedensfreund, ein jeder, dem das wohl unseres so schwer geprüften Volkes am Herzen liegt, muß sich seiner Pflichten bewußt sein. Keine Wahlmüdigkeit darf es geben, denn was bei dieser Wahl versäumt wird, ist unwiederbringlich verloren. Auch die Stellungnahme der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz zur Verfassung muß eindeutig sein. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat in eingehender Beratung der Verfassung bei der Endabstimmung mit N e i n geantwortet. Dieses N e i n kam aus vollstem Verantwortungsbewußtsein. Außenpolitischen Gesichtspunkten waren unüberbrückbare Differenzen sachliche Arbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet hierfür maßgebend.

Die in letzter Zeit in der Presse und in Versammlungen aufgestellte Behauptung einer anderen politischen Partei, die Verfassung sei mit 70 zu 31 Stimmen angenommen worden und die sozialdemokratische Fraktion sei in ihrer Haltung gespalten gewesen, gibt allerdings kein klares Bild und entspricht auch nicht den Tatsachen. Gegen die Verfassung waren nicht Teile der sozialdemokratischen Fraktion, sondern diese in ihrer Geschlossenheit mit 41 stimmen. Es war dabei gar nicht erforderlich, daß diese 41 an der Abstimmung, deren Ergebnis feststand, sich noch beteiligten. Es hätte genügt, wenn der Aktions Vorsitzende für die sozialdemokratische Fraktion das N e i n in den Saal gerufen hätte. Daß unter den 41 sozialdemokratischen Abgeordneten auch die beiden sozialdemokratischen Minister, Röhle und der Verfasser dieses Artikels, sich befinden, sei nur der Vollständigkeit wegen bemerkt. Die Schlußfolgerung aus dem Abstimmungsergebnis im Landtag deswegen auch doch schon eine andere als sie von einer gewissen Seite in diesem Wahlkampf gezogen wurde. Bilder von die jetzt zusammengeschlossenen Gruppen des Sozialen Volksbundes und Liberal-Demokratischen Partei in ihrer höchst ursprünglichen Haltung festgeblieben, hätten sie sich nicht aus Gründen, den man wohl erst nach der Wahl genau kennen wird, zur Aufgabe ihrer ablehnenden Stellung bereitgefunden, so hätten 41 Sozialdemokraten, 9 Kommunisten und 7 Abgeordneten des sozialen Volksbunds und der Liberaldemokraten, macht zusammen 57 gegen 70 Stimmen der CDU, ihre Ablehnung bekundet.

Nun hat die Bevölkerung die letzte Entscheidung. Mögen sie diese Entscheidung so treffen, daß sich hieraus nur das Beste für die Zukunft unseres Volkes ergibt. Denn um die deutsche Zukunft geht es bei dieser Wahl und Abstimmung.